

1 Der gesellschaftliche Wandel und seine Bedeutung für die „gelebte“ Familie

In der Debatte um die Folgen der gesellschaftlichen Modernisierung für die familiären Beziehungen stehen verschiedene bevölkerungs- und sozialstrukturelle Entwicklungen im Vordergrund, die im vergangenen Jahrhundert die Bedingungen der privaten Lebensführung verändert haben (eine Übersicht bieten u.a. Hess & Waring 1978; Uhlenberg 1992). Auf den folgenden Seiten (Kapitel 2.1) werden diese Entwicklungen zunächst in ihren beobachtbaren Dimensionen nachgezeichnet.

Die soziologische Auseinandersetzung mit der Bedeutung des soziodemographischen Wandels für die Familie bildet den Hauptgegenstand der darauffolgenden Unterkapitel. Darin werden sowohl die grundlegenden Sichtweisen auf die aktuellen Familienverhältnisse (1.2) als auch die Literatur zu den sozialen Mechanismen, die die soziodemografischen Veränderungen in die Familie „hineintragen“ (1.3), dargestellt.

Im Ergebnis dieses zweiten Abschnitts der Arbeit, das in Kapitel 1.4 dargestellt wird, soll die Frage nach den möglichen Beziehungen zwischen dem soziodemographischen Wandel und den gelebten Beziehungen in der Familie beantwortet werden. Dabei wird u.a. diskutiert, ob den traditionellen Bindungen zwischen Eltern und ihren Kindern (auch noch) in modernen Arbeitsgesellschaften wie der Bundesrepublik eine unverwechselbare Qualität anhaftet und worin diese bestehen könnte.

1.1 Empirische Befunde: Der soziodemographische Wandel der Familie

In den folgenden Unterkapiteln wird ein Überblick über zentrale bevölkerungs- und sozialstrukturelle Entwicklungen des letzten Jahrhunderts bis in die Gegenwart gegeben. Die zu beschreibenden Veränderungen werden häufig im Zusammenhang mit dem ersten und zweiten ‚demographischen Übergang‘ (van de Kaa 1987, 2002; Lesthaeghe 2010) diskutiert. Ihnen ist nach verbreiteter soziologischer und gerontologischer Auffassung ein erheblicher Einfluss auf den Zusammenhalt und die Solidarität in der Familie zuzuschreiben.

Der erste demographische Übergang setzt am Wandel des demographischen Aufbaus der Bevölkerung während der ersten Industrialisierungsphase an, der

durch einen massiven Rückgang der Sterblichkeit und – im Gefolge – auch der Zahl der Geburten gekennzeichnet war. Die These eines zweiten Übergangs basiert auf den Entwicklungen der Fertilität in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Nationen (Europas) nach dem Zweiten Weltkrieg. Deren weiterer Rückgang wird auf einen Wandel der Einstellungen zum Familienleben zurückgeführt, der sich in einer verstärkten Orientierung an „postmateriellen“, auf individuelle Selbstverwirklichung und die Gleichberechtigung der Frau gerichteten Lebensmaximen, einer schwindenden Heiratsneigung, sprunghaft anwachsenden Scheidungszahlen sowie der zunehmenden Verbreitung „nicht-traditioneller“ Familienformen manifestiert habe. Der zweite Übergang unterliegt damit einer völlig anderen Dynamik als der erste, der als „Folge einer Anpassung des familialen Verhaltens an die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen“ (Huinink 2000: 371) gedeutet wird.

Als Ergebnis des zweiten demographischen Übergangs sei das mit dem ersten Übergang aufgekommene „bürgerliche“ Familienmodell der Kernfamilie (siehe Kapitel 1.2) durch ein neues, „individualistisches“ Familienmodell abgelöst worden (Kaa 2002: 6). Wie oben bereits angesprochen, nährt sich die Kontroverse um den Zustand der Familie in der Gegenwart aus unterschiedlichen Bewertungen dieses Wandels.

Bevor auf die theoretischen Grundlagen dieser Debatte näher eingegangen wird, soll im Folgenden das Augenmerk auf die einzelnen soziodemographischen Veränderungen gerichtet werden. Diese werden im Detail beschrieben und ihre Auswirkungen auf die Bedingungen des Familienlebens exemplarisch veranschaulicht.

1.1.1 Demographische Alterung und Geburtenrückgang

Eine der gravierendsten demographischen Veränderungen des letzten Jahrhunderts betrifft die *weltweite* Erhöhung der Lebenserwartung bei der Geburt¹. Auch für Deutschland ist dieser Trend dokumentiert. Das Statistische Bundesamt² weist im Vergleich der Geburtsjahrgänge 1871/81 und 2008/10 eine Ausweitung der mittleren Lebensspanne bei Geburt bei Frauen von 38,45 auf 82,59 Jahre, bei Männern von 35,58 auf 77,51 Jahre aus.

¹ Im Verlaufe der letzten 200 Jahre hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung global von unter 30 auf *durchschnittlich* 67 Jahre erhöht, in den ökonomisch entwickelten Regionen der Welt sogar auf über 75 Jahre (Riley 2001).

² Angaben beziehen sich auf Deutsches Reich/BRD, neue Bundesländer ab 1991 eingeschlossen. Abrufbar unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/PeriodensterbetafelnPDF_5126202.pdf?__blob=publicationFile; zuletzt abgerufen am 20.12.2012.

Die Zunahme der Langlebigkeit³ wird in den wirtschaftlich höher entwickelten Nationen von einem vergleichbar dramatischen Rückgang der Geburtenhäufigkeit begleitet, der mit Beginn der 1970er Jahre die durchschnittliche Fertilitätsrate in den OECD-Staaten allmählich unter das erforderliche Reproduktionsniveau sinken ließ, durch das balancierte stationäre Gesellschaften mit Null-Wachstum gekennzeichnet sind (vgl. D'Addio & d'Ercole 2005). So ist in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamts die zusammengefasste Geburtenziffer⁴ seit Beginn der 1960er Jahre von über 2,5 Kindern je Frau auf unter 1,4 Kinder in 2010 gesunken⁵.

Im Gesamteffekt der veränderten Sterblichkeits- und Reproduktionsmuster haben sich die demographischen Gewichte der jüngeren und älteren Bevölkerungsgruppen einander angenähert. Dabei hat sich der in gesundheitlicher Hinsicht als besonders ‚vulnerabel‘ (Grundy 2006) einzuschätzende Anteil der Hochaltrigen, d.h. der 80 Jahre und älteren Personen⁶, allein zwischen 1955 und 2003 von 1,3 Prozent auf 4,2 Prozent verdreifacht und wird sich nach Schätzungen der OECD (2005) bis 2030 nochmals verdoppeln. Diese Entwicklung hat zu einer Erhöhung des gesundheitlichen Versorgungsbedarfs in der Bevölkerung geführt, der – wenn auch die zukünftige Entwicklung des Zusammenhangs zwischen Alter und Morbidität auf der Individualebene nicht abgesehen werden kann⁷ – aufgrund der größer werdenden Zahl Hochaltriger künftig weiter zunehmen dürfte (vgl. Uhlenberg 1992).

Die oben beschriebenen demographischen Trends, die in ähnlicher Form auch in anderen entwickelten Industrienationen aufgetreten sind (siehe hierzu

³ Lauterbach (2004) weist am Beispiel der Bundesrepublik nach, dass die Zunahme der Langlebigkeit mit dem Rückgang der Kinder- bzw. Jugendsterblichkeit und der Zunahme der Hochaltrigkeit eine doppelte Ursache hat. Beide Veränderungen werden durch ein Bündel sozialer und nicht-sozialer Faktoren angetrieben, etwa die wachsende Verstädterung, der Ausbau der Sozial- und Gesundheitssysteme, die Verbesserung der Hygiene- und Ernährungsbedingungen u.v.a.m. (s.a. Riley 2001).

⁴ Die zusammengefasste Geburtenziffer bezieht sich auf alle Frauen, die im betrachteten Jahr im Alter zwischen 15 und 49 Jahren sind, und setzt sich aus der für einzelne Altersgruppen ermittelten durchschnittlichen Kinderzahl zusammen.

⁵ Angaben beziehen sich ab 1991 auch auf die neuen Bundesländer. Abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Bevoelkerungsbewegung/BroschuereGeburtenDeutschland0120007129004.pdf?__blob=publicationFile; zuletzt abgerufen am 20.12.2012.

⁶ Untersuchungen von Liefbroer & de Jong Gierveld (1995) bestätigen die im Durchschnitt mit 75 Jahren beginnende Zunahme gesundheitlicher Probleme und daran gebundener funktionaler Einschränkungen für ältere Menschen in einer niederländischen Population.

⁷ In der Diskussion um die Folgen zunehmender Langlebigkeit für das individuelle Erkrankungsrisiko konkurrieren drei Thesen: die erste geht davon aus, dass sich bei gleichem Zeitpunkt des Auftretens einer dauerhaften Erkrankung im Alter diejenige Phase, in der alte Menschen in physischer oder psychischer Hinsicht beeinträchtigt sind, verlängern wird. Die zweite These geht von einer „Kompression der Morbidität“ aufgrund annähernd begrenzter Zuwächse an Langlebigkeit bei gleichzeitig später auftretenden Erkrankungen aus. Die dritte These postuliert ein paralleles „Verschieben“ der Krankheitsphase in höhere Altersphasen bei gleichzeitiger Verlängerung der individuellen Lebensdauer (OECD 2005).

u.a. Gierveld & Dykstra 2006; Perrig-Chiello & Höpflinger 2005; Lee 2003; Bengtson et al. 2003), bedingen in der Summe zugleich eine Schrumpfung des durchschnittlichen personellen Reservoirs von Familien in den jüngeren Altersgruppen und eine Erweiterung der Familienstruktur um durchschnittlich eine Generation. Für die generationale Zusammensetzung der heutigen Verwandtschaftssysteme hat sich infolge des beschriebenen demographischen Wandels der Ausdruck der ‚Bohnenstangenfamilie‘ (vgl. Bengtson et al. 1990; Dykstra & Knipscheer 1995) etabliert, die durch eine geringe Zahl von Personen in gleicher und eine relativ hohe Zahl von Personen in unterschiedlicher generationaler Lage gekennzeichnet ist.

Neben den potenziellen Herausforderungen, die durch die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung entstehen, birgt der Wandel der Altersstruktur auch neue Chancen für Solidarität. Denn eine weitere Konsequenz dieses Wandels besteht in der Verlängerung der *gemeinsamen Lebenszeit* von Eltern und ihren Kindern. Die Verlagerung des durchschnittlichen Sterbealters ins siebte bzw. achte Lebensjahrzehnt hat zu einer wachsenden Überlagerung der Biographien und damit verbundenen Erfahrungshorizonte von Eltern und Kindern geführt (vgl. Dykstra & Knipscheer 1995; Bengtson 2001). So hat sich die sogenannte „Intergenerationsdauer“ zwischen den 1975 und 1940 geborenen Elternkohorten in Deutschland perspektivisch von 28 (Väter) bzw. 43 Jahren (Mütter) auf 49 respektive 57 Jahre erhöht (Lauterbach 2004: 100). Gleichzeitig verdeutlicht ein länderübergreifender Blick auf die Familienstrukturen der über 50-jährigen in Europa, dass die seit Jahrzehnten geringe Fertilität noch *nicht* zu einer gravierenden Zunahme des Anteils *kinderloser* Personen, sondern lediglich zum Rückgang *kinderreicher* Familien geführt hat (Kohli et al. 2005: 165 f.) – ein Befund, der mit Hilfe des Alterssurveys auch für die ältere Bevölkerung Deutschlands nachgewiesen werden konnte (Künemund & Hollstein 2000: 229). Faktisch leben also *immer mehr* Menschen in einem Drei-Generationen-Kontext.

Der Einfluss des veränderten Altersaufbaus des Verwandtschaftssystems auf das tatsächliche Familienleben ist umso höher einzuschätzen, als „die Spezifik familialer und verwandtschaftlicher Generationenbeziehungen im Umstand liegt, grundsätzlich unauflösbar und von lebenslanger Dauer zu sein“ (Lüscher 2008: 125). Insbesondere die Beziehungen zwischen Eltern und ihren Kindern entziehen sich weit mehr als andere Beziehungen der Willkür der Beteiligten. An diese Sonderstellung knüpfen auch etliche rechtliche Bestimmungen an. So sieht beispielsweise Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes vor: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft“. Hinzu kommen gesetzliche Verpflichtungen zur materiellen Unterstützung im Notfall, aber auch Erbschaftsregelungen, die den Bestand der Generationenbeziehungen, sogar über den Tod hinaus, garantieren (u.a. Schulheis 1993; Preuß 2009).

Wie die aktuellen Generationenbeziehungen jedoch im *Alltag* ausgestaltet sind, und welchen Belastungen sie dabei ausgesetzt werden, lässt sich aus der Tatsache ihrer prinzipiellen Unverbrüchlichkeit nicht unmittelbar ableiten. Dies wird in der vorliegenden Arbeit deutlich werden. In der soziologischen Theorie werden mit der „Vertikalisierung“ familiärer Beziehungen zunächst einmal *sowohl* Chancen *als auch* Risiken für den Zusammenhalt der Generationen assoziiert.

1.1.2 Vielfalt der Familienformen

Ein weiterer zentraler Indikator, der in der Diskussion um den familiären Strukturwandel eine Rolle spielt, ist die gestiegene Heterogenität der Familienformen infolge veränderter Heirats- und Scheidungsmuster.

In der Tat kam es in Deutschland vor allem in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts zu einem enormen Anstieg der Scheidungsrate, bei einer seit den 1970er Jahren konstanten Wiederverheiratsquote von annähernd 50 Prozent für beide Geschlechter (Heß-Meining & Tölke 2005: 272). Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg, bezogen auf das gesamte Bundesgebiet, die Anzahl der Scheidungen je 1000 Einwohner zwischen 1960 und 2010 von 0,9 auf 2,3⁸. Diese Daten können jedoch nur sinnvoll auf der Folie der gleichzeitig gestiegenen Lebenserwartung interpretiert werden. Ehen müssen heute im Gegensatz zu früher länger „halten“, wenn sie nicht in eine Scheidung münden, sondern durch den Tod einer der Partner aufgehoben werden sollen. Ein guter Indikator für die Stabilität von Ehen ist so gesehen die durchschnittliche Ehedauer *bei der Scheidung*. Nach Angaben des „Recent Demographic Developments in Europe“ (Council of Europe 2005) ist diese zwischen 1960 und 2003 von 9,3 auf 13,1 Jahre gestiegen. Auch die Frage, welche Lebensform am stärksten von Scheidung betroffen ist, gibt Aufschluss über die Hintergründe des Phänomens. Demnach sind es vor allem kinderlose Paare, die sich trennen. Und es sind vor allem Paare mit mehr als einem minderjährigen Kind, die ein besonders niedriges Scheidungsrisiko tragen (Bertram 1997: 92; Nave-Herz 2004: 168). Elternschaft entfaltet demnach eine nicht zu unterschätzende protektive Wirkung auf die Ehe.

Diese zuletzt präsentierten Zahlen sprechen insgesamt *gegen* eine allzu voreilige Interpretation der Scheidungszahlen im Sinne einer zunehmenden Unbeständigkeit der Ehe. Im Lichte der Zuwächse an „sicherer“ Lebenszeit scheinen einige Daten auf eine zunehmende Beständigkeit der ehelichen

⁸ Angaben beziehen sich ab 1991 auch auf die neuen Bundesländer. Abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Bevoelkerung/lrbev06.html>; Zuletzt abgerufen am 20.12.2012

Lebensgemeinschaften hinzudeuten, insbesondere wenn diese durch Kinder bereichert werden.

1.1.3 Veränderung der Haushaltsstrukturen

Ein weiteres Strukturmerkmal, das in der Diskussion um den Wandel der Familie eine Rolle spielt, ist die Veränderung der Haushaltsgröße. Allein zwischen 1961 und 2010 ist nach Angaben des Statistischen Bundesamts der Anteil der Ein-Personen-Haushalte von 20,6 auf 40,2 Prozent angewachsen und der Anteil der 3-und-mehr-Personen-Haushalte von 52,9 auf 25,6 Prozent gesunken⁹.

Die Veränderung der Wohnmuster ist u.a. eine Folge der arbeitsbedingten Mobilität der einzelnen Familienmitglieder (Lauterbach 2004: 83 f.). Doch obwohl sich ein Großteil der Generationenbeziehungen in getrennten Haushalten abspielt, bedeutet dies nur selten, dass die betreffenden Familienmitglieder keine Möglichkeiten zur persönlichen Kontaktaufnahme haben. Wie mit Hilfe des Alterssurveys für die Altersgruppe der 70- bis 85-jährigen in Deutschland gezeigt werden konnte, leben rund 70 Prozent der befragten Eltern im selben Wohnort wie das nächstwohnende Kind (Kohli et al. 2000: 178 ff.). Umgekehrt sind es immerhin rund 50 Prozent dieser Kinder, die in unmittelbarer Nähe ihrer Eltern wohnen. Diese Form des Getrennt-aber-in-der-Nähe-Lebens wurde bereits vor über 40 Jahren durch Rosenmayr & Köckeis (1965) als diejenige Wohnform identifiziert, die von den meisten älteren Menschen bevorzugt wird. Die Verkleinerung der Haushalte muss demnach nicht gleichbedeutend mit einem Rückgang praktizierter Generationensolidarität sein.

1.1.4 Wandel der Erwerbstätigkeitsmuster von Frauen

Wenn es um die soziale Unterstützung von Familienmitgliedern geht, spielen geschlechtspezifische Unterschiede eine bedeutende Rolle (vgl. hierzu Kapitel 1.2.2). Eine Reihe von Studien kommt zu dem Ergebnis, dass der pflegerische Versorgungsbedarf im höheren Alter überwiegend durch Frauen – vor allem Ehepartnerinnen und Töchter – gedeckt wird (vgl. Stone, Cafferata & Sangl 1987; Montgomery & Kamo 1989; Dwyer & Coward 1991; Bender 1994 u.a.). Eine Erklärung für diesen *gender gap* wird, neben geschlechtsspezifischen Erwartungen, vor allem in den strukturellen Unterschieden der Lebensläufe von Frauen und Männern vermutet. Eine besondere Bedeutung wird hierbei den

⁹ Angaben beziehen sich ab 1991 auch auf die neuen Bundesländer. Abrufbar unter: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online.jsessionid=3266BF2D15732FA24A5DE7176C2D540C.tomcat_GO_2_1?operation=previous&levelindex=3&levelid=1356020379029&step=3; zuletzt abgerufen am 20.12.2012

Anforderungen durch Ausbildung und Beruf zugeschrieben (Dallinger 1997). Dabei setzt die gängige Argumentation an einer höheren zeitlichen Inanspruchnahme von (Schwieger-)Söhnen durch Erwerbsarbeit an, die ihre zeitlichen Ressourcen zur Übernahme familiärer Verantwortungen begrenze (z.B. Sarkisian & Gerstel 2004: 442 ff.). Vor diesem Hintergrund sind Veränderungen in den berufsbiographischen Mustern von Frauen in den Aufmerksamkeitsbereich gerontologischer Forschung geraten. Bereits Brody (1981) kennzeichnete die Lebenssituation von Frauen im mittleren Alter über den Aspekt der Mehrfachbelastung durch familiäre und berufliche Rollenerwartungen:

„Such women are in middle age, in the middle from the generational standpoint, and in the middle in that the demands of various roles compete for their time and energy. To an extent unprecedented in history, roles as paid workers and as caregiving daughters and daughters-in-law to dependent older people have been added to their traditional roles as wives, homemakers, mothers and grandmothers“ (ebd.: 471).

Die vorliegenden Daten stützen die Annahme einer zunehmenden Belastung von Frauen durch berufliche Anforderungen. In den letzten 50 Jahren ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland erheblich angestiegen. Gemessen an der Erwerbsquote¹⁰ hat sich die Berufspartizipation der Frauen von unter 47,6 Prozent auf 70,7 Prozent im Jahre 2010 ausgeweitet¹¹.

Im selben Zeitraum ist die Erwerbsquote der Männer von über 90 Prozent auf ca. 80 Prozent zurückgegangen. Die Erwerbsbeteiligung beider Geschlechter hat sich demnach deutlich angenähert, wenngleich Unterschiede in den formalen Aspekten der Erwerbsarbeit (fort-)bestehen. So haben Frauen Arbeitsplätze hauptsächlich im Bereich „atypischer Beschäftigungsverhältnisse“ (Dressel 2005: 121 f.) hinzugewonnen. Vor allem die „familienfreundliche“ Teilzeitarbeit kann als eine *weibliche Domäne* angesehen werden.

Nach Bertram (1997) ist die zunehmende Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt auch auf eine wachsende, über den extrinsischen Wert der finanziellen Absicherung hinausgehende, *Erwerbsorientierung* zurückzuführen. Diese sei jedoch nicht einfach durch einen allgemeinen Wandel der Wertvorstellungen zu erklären, sondern beruhe großteils auf den oben diskutierten strukturellen Veränderungen im Lebensverlauf, die durch die Verlängerung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei gleichzeitigem Rückgang der Fertilität hervorgerufen wurden. Beide Entwicklungen hätten dazu geführt, dass eine (mögliche) Mutterrolle, soweit sie die intensive Fürsorge und

¹⁰ Erwerbsquote: prozentualer Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15-64 Jahren.

¹¹ Angaben beziehen sich ab 1991 auch auf die neuen Bundesländer. Abrufbar unter: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/tabIV31.pdf; zuletzt abgerufen am 20.12.2012.

Erziehung des Kindes betrifft, heute nur noch etwa ein Viertel der gesamten Lebenszeit ausfüllt. Ausbildung und Partizipation am Erwerbsleben stellen in dieser Perspektive alternative Sinnangebote dar, weil sie Wege zu sozialer Anerkennung und subjektivem Wohlbefinden eröffnen (vgl. ebd.: 85).

Auf dieser Interpretationsfolie sind die Konsequenzen, die die Veränderungen in den Erwerbsmustern von Frauen für das Familienleben haben, kaum abzusehen. Denn sollten, wie Dallinger (1997) mutmaßt, „berufliche und familiäre Lebensinhalte für die meisten Frauen zu gleichwertigen Optionen geworden [sein]“ (ebd.: 45), wäre noch nichts darüber ausgesagt, wie mit beiden Optionen in spezifischen Situationen umgegangen wird bzw. wie diese vereinbart werden. In den hohen Zahlen teilzeitbeschäftigter Frauen (s.o.) deutet sich jedenfalls ein geschlechtsspezifisches Muster der Integration beider Lebensbereiche an. Angesichts der Tatsache, dass das Zusammenleben mit ihren Kindern eine vergleichsweise kurze Phase in den Lebensläufen der Mütter darstellt, dürfte in vielen Fällen auch eine Form der sequentiellen Anordnung beider Lebensbereiche praktiziert werden. Während im jüngeren Erwachsenenalter die familiären Verpflichtungen überwiegen, könnten in späteren Lebensphasen, neben der beruflichen Tätigkeit, die Beziehungen zu den eigenen Eltern verstärkt in den Vordergrund treten. Auf diese Möglichkeit verweist eine Studie aus Großbritannien zur Verbreitung von „Doppelbelastungen“ in Familien, die durch intensive Fürsorge für ein älteres Elternteil bei gleichzeitiger Anwesenheit von Kindern im eigenen Haushalt verursacht werden (Agree et al. 2003). Die Mehrheit der befragten Frauen, so zeigte die Untersuchung, wird in die Unterstützung ihrer Eltern erst zu einem Zeitpunkt eingebunden, wenn die eigenen Kinder den Haushalt bereits verlassen haben¹².

1.1.5 Ost-West-Unterschiede

In der bisherigen Darstellung der demographischen Veränderungen in Deutschland wurden, soweit sie sich auf die Nachkriegszeit beziehen, regionale Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern übergangen. Tatsächlich gestalten sich die Verläufe der diskutierten Entwicklungen in den östlichen und westlichen Regionen Deutschlands, sowohl in Zeiten der Teilung Deutschlands als auch nach der Wiedervereinigung, zum Teil disparat. Ich werde mich hier auf die wesentlichen strukturellen Unterschiede konzentrieren, die die Lebensverhältnisse der Familien auf beiden „Seiten“ Deutschlands bestimmen: das Geburten- und Scheidungsverhalten, die Rolle der Erwerbstätigkeit im Leben der Frau und das Zusammenleben der Generationen. Besonderes Augenmerk gilt

¹² Je nach Lebensalter variierte der Anteil von Frauen, die gegenüber beiden Generationen „Leistungen“ erbringen musste, zwischen 0 und 8 Prozent (bei Männern zwischen 0 und 6 Prozent).

hierbei den Veränderungen in den ersten Nachwendejahren, da die in der vorliegenden Untersuchung verwendeten Daten Mitte der 1990er Jahre erhoben wurden und sowohl west- als auch ostdeutsche Verhältnisse abbilden.

Die Zahlen der Scheidungen und Geburten zeigen in der DDR insgesamt einen ähnlichen Verlauf wie in der Bundesrepublik, sie liegen jedoch, ebenso wie die Zahl der Eheschließungen, insgesamt etwas über denen der alten Bundesländer (vgl. Rosenbaum 2008: 35 ff.). In den Nachwendejahren kommt es jedoch zu erkennbar gegenläufigen Trends im Osten und Westen der Bundesrepublik. Im Vergleich zu den alten Bundesländern, in denen die Scheidungsrate kontinuierlich ansteigt, nimmt sie in den neuen Bundesländern rapide (um mehr als 10 Prozentpunkte) ab. So liegt die Zahl der Eheaufösungen je 100 bestehende Ehen 1995 in Ostdeutschland bei 19,3, in Westdeutschland bei 34,1. Erst in den Folgejahren vollzieht sich eine allmähliche Angleichung der Scheidungszahlen in Ostdeutschland an das in Westdeutschland herrschende „Niveau“. Die Geburtenziffer in Ostdeutschland bricht im selben Zeitraum – ebenso wie die Zahl der Neu-Ehen – nahezu ein. Sie liegt 1995 bei 0,84 Kindern je Frau, im Vergleich zu 1,34 Kindern in Westdeutschland. Doch vergleichbar den Heiratszahlen erfährt das ostdeutsche Geburtenverhalten in den nachfolgenden Jahren eine schrittweise Annäherung an das westdeutsche (Fertilitäts-) Muster.

Die dargestellten Entwicklungen lassen auf eine klare Zäsur in der privaten Lebensführung vieler Ostdeutscher während des ersten Jahrzehnts nach der Wiedervereinigung schließen. Einerseits werden die bestehenden Familienverhältnisse bewahrt, wofür die hohe Kontinuität der bereits bestehenden Ehen spricht, andererseits werden neue „Familienprojekte“ zunächst einmal ausgesetzt, worauf die niedrigen Zahlen von Geburten und Eheschließungen deuten. Gleichzeitig öffneten sich Räume für eine dem westdeutschen Muster zunehmend entsprechende Ausbreitung „nicht-traditioneller“ Lebensformen, wie z.B. nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, Singles etc. (vgl. Schäfers & Zapf 2001: 434).

Ein weiterer zentraler Unterschied zur BRD besteht in den hohen Erwerbsquoten von Frauen in der DDR, für die es neben ideologischen Gründen (Überwindung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten) in konkreten (volks-)wirtschaftlichen Zwängen (Arbeitskräftemangel), aber auch in privaten Interessen (zusätzliche Verdienstmöglichkeiten), wurzelnde Erklärungsfaktoren gibt (vgl. Szydlik 2000: 54 ff.). Basierend auf den Angaben des Statistischen Bundesamts¹³ beläuft sich die Erwerbsquote der Frauen 1991 auf 77,2 Prozent (Männer: 84,2 Prozent). Im Vergleich hierzu liegt der Anteil von Erwerbspersonen unter den Frauen in

¹³ Die folgenden Daten sind abrufbar unter: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/tabIV31.pdf; zuletzt abgerufen am 20.12.2012.

Westdeutschland bei lediglich 60,7 Prozent (Männer: 81,1 Prozent). Wenngleich diese regionalen Unterschiede im wiedervereinigten Deutschland – auf einem vergleichsweise hohen Niveau¹⁴ – mittlerweile deutlich eingeschmolzen sind und sich, begünstigt durch die Übernahme von Elternzeitregelungen in den neuen Bundesländern, eine Angleichung der Lebenslaufmuster von Frauen in Ost- und Westdeutschen abzeichnet, brachte die Übergangsphase und die damit verbundene Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation zunächst einmal für etliche Frauen den Verlust des Arbeitsplatzes¹⁵ und (bis dahin unbekannte) finanzielle Herausforderungen mit sich (s.a. Rosenbaum 2008: 47 f.).

Was die Haushaltsgrößen in Ost- und Westdeutschland betrifft, lassen sich ebenfalls Unterschiede ausmachen. So weisen die neuen Bundesländer – nicht zuletzt aufgrund der Wohnungsbaupolitik, die in der DDR, insbesondere bei der Planung von Neubauten, auf die Ansiedlung von Kleinfamilien ausgelegt war (vgl. Häußermann & Siebel 1996: 171) – 1991 noch eine höhere Konzentration bei 3- und mehr-Personen-Haushalten als die alten Bundesländer auf (37,6 gegenüber 35,0 Prozent). Ein-Personen-Haushalte kommen hingegen etwas seltener als in Westdeutschland vor (30,8 gegenüber 34,4 Prozent)¹⁶. Diese Verteilung hat sich zum Teil deutlich verändert. Bereits 2000 bewegen sich die Anteile der Ein-Personen-Haushalte in Ost- und Westdeutschland mit 36,1 Prozent auf gleichem Niveau, 2010 liegen sie mit 43,1 Prozent in den östlichen Regionen sogar über denen in West-Deutschland (39,4 Prozent). 3- und mehr-Personen-Haushalte machen in Ostdeutschland demgegenüber zu diesem Zeitpunkt nur noch ein gutes Fünftel (21,0 Prozent) aller Haushalte aus, in Westdeutschland sind dies immerhin noch über ein Viertel (26,8 Prozent). Den Zahlen ist insgesamt jedoch nur ein unvollständiges Bild der tatsächlichen Kontaktmöglichkeiten zwischen den Generationen zu entnehmen.

Zu ergänzen ist die Betrachtung um die Wohnentfernungen zwischen den Generationen. Dabei kann Bertram (1995c) das in der DDR etablierte Muster des frühen Auszugs der Kinder aus dem Elternhaus – ausschlaggebend hierfür war u.a. eine spezifische Familienpolitik, die Familiengründung und Heirat mit Ansprüchen auf eigenen Wohnraum verband (vgl. Szydlík 2000: 59) – auch noch

¹⁴ 2010 lag die Frauenerwerbsquote in den neuen Bundesländern bei 76,1 Prozent, in den alten Bundesländern bei 69,4 Prozent (Quelle s. Fußnote 13).

¹⁵ Bis 2000 ging die Erwerbsquote der Frauen in Ostdeutschland auf unter 70 Prozent zurück (Quelle s. Fußnote 13).

¹⁶ Eigene Berechnungen, beruhend auf Angaben des Statistischen Bundesamts, abrufbar unter: [https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=260E995B93363478FD1E58A9100903D6.tomcat_GO_2_2?](https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=260E995B93363478FD1E58A9100903D6.tomcat_GO_2_2?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1364733310826&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&electionname=12211-0112&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf; zuletzt abgerufen am 20.12.2012.)

[operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1364733310826&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&electionname=12211-0112&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf; zuletzt abgerufen am 20.12.2012.](https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=260E995B93363478FD1E58A9100903D6.tomcat_GO_2_2?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1364733310826&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&electionname=12211-0112&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf; zuletzt abgerufen am 20.12.2012.)

Das soziale Netz der Familie

Eine Praxeologie familiärer Hilfebeziehungen

Hormann, O.

2013, XII, 324 S. 9 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-19752-4